

Von Bremen kritisiert „Reinefarth-Stein“

Sylter Historikerin fordert tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Westerländer Bürgermeister

WESTERLAND Nun möchte die Gemeinde Sylt sich offenbar doch umfassender mit Heinz Reinefarth auseinandersetzen. Der ehemalige Westerländer Bürgermeister (1951 bis 1964) war vor seiner „zweiten Karriere“ auf Sylt als SS-Offizier maßgeblich an der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstands beteiligt. Auf Initiative der Kirchengemeinde Westerland war in der Politik darüber nachgedacht worden, deshalb einen Gedenkstein für die Opfer des Warschauer Aufstands aufzustellen. Doch diesen Gedenkstein an die Opfer mit dem Namen des Täters zu verknüpfen – damit hatte man sich bisher schwer getan (wir berichteten).

Auf der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses meldete sich nun Inselhistorikerin Silke von Bremen zu diesem Thema zu Wort. Sie kritisierte die Idee, einen Gedenkstein aufzustellen, ohne sich tiefer gehend und öffentlich mit den Taten Reinefarths auseinanderzusetzen: „Wir dürfen die Opfer des Aufstandes nicht ein zweites Mal missbrauchen, um das eigentliche Thema anzusprechen, um das es uns allen geht.“ Das „eigentliche Thema“, Reinefarth, und die Frage, wie es dazu kommen konnte, wie jemand wie er im Nachkriegs-Schleswig-Holstein Karriere als Bürgermeister und Landtagsabgeordneter machen konnte, sollte nach Ansicht von von Bremen breiter und intensiver auf-



Westerlands Bürgermeister Heinz Reinefarth (2.v.r.) mit Polizeichef Johannes Rietdorf (rechts) und Kurdirektor Hans Petersen (Mitte) im Frühjahr 1959 bei der Einweihung der Pkw-Entladerampe am Bahnhof.

SYLTPICTURE

gearbeitet werden. Viel mehr als um einen Gedenkstein oder eine Stele geht es von Bremen nämlich um eine Auseinandersetzung der Westerländer mit ihrer Geschichte – und in diesem Zusammenhang auch um die gescheiterten Entnazifizierung in Schleswig-Holstein in den 50er Jahren.

Lediglich einen Gedenkstein an die Opfer des Warschauer Aufstands aufzustellen, hält sie für bedenklich: „Zu dieser Zeit sind so viele Gräueltaten passiert, dass man die Straße von hier bis Keitum mit Gedenksteinen pflastern könnte. Dass wir einen Gedenkstein aufstellen wollen, liegt nicht an dem

Aufstand, sondern an Reinefarth und seiner Verbindung zu Sylt – auf dem Gedenkstein würde Aufstand drauf stehen und Reinefarth drin stecken.“

Gerd Nielsen (SPD) pflichtete ihr bei: „Die Gemeinde sollte keine Angst haben, den Namen zu nennen. Es gehört sich, offen über alles zu sprechen, was passiert ist.“ Der Ausschussvorsitzende Peter Schnittgard betonte auch, die Aufarbeitung gehe – es sei ihm aber wichtig, dass auf einem Denkmal Reinefarths Name nicht genannt werde. Seine Begründung im Ausschuss: „Da würde nichts bei herauskommen.“

Schließlich entschieden sich die Gemeindevertreter dafür, einen Arbeitskreis zu dem Thema einzusetzen – und zwar sowohl mit Vertretern der Fraktionen als auch mit Silke von Bremen und einem Vertreter aus der Westerländer Kirchengemeinde. Bevor Schnittgard das Thema abschloss, wollte er die Gemeindevertreter noch über den Standort für ein Denkmal abstimmen lassen – ob es auf dem Rathausvorplatz oder dem Gemeindefriedhof stehen soll. Dagegen setzte sich allerdings Silke von Bremen durch: „Das würde die Diskussion in der Arbeitsgruppe eingrenzen. Denn dann müssten wir wirklich etwas schaffen, dass irgendwo stehen soll – und ob wir das wirklich wollen, haben wir ja noch gar nicht beschlossen.“

frr/cop